

inform

Juli 2022








COME
RUN
WITH
US

**Wie und wo wir Menschen erreichen,
einbinden und politisch bilden können**



AKSB
Arbeitsgemeinschaft
katholisch-sozialer Bildungswerke
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Inhalt

	Editorial	3
	Beharrlich an den digitalen Herausforderungen der Zeit arbeiten	4
	Politische Bildung und Medienbildung „nach Corona“	6
	Influencer/-innen in Politik und Bildung	8
	Digitalisierung im Bildungswesen – eine ganzheitliche Herausforderung, gänzlich ungelöst	10
	„Abhängigkeit ist ganz normal“	12
	Damit junge Menschen stärker ihre eigene Zukunft mitgestalten und mittragen können	14
	Die Botschaften der politischen Bildung und des Christentums konkret vorleben	16
	Von der individuellen Erfahrung zur gesellschaftlichen Mitgestaltung	18
	This game of your memories	19
	Termine	32

Impressum

Hrsg.: AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer
Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V.,
Bonn.

Erscheinungsdatum: Juli 2022

© 2022 AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer
Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V.,
Heilsbachstr. 6, 53123 Bonn.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Auflage: 1.000 Exemplare

ISSN: 0937-8383

Verantwortlich: Andrea Rühmann

Redaktion: Claudia Krupp

Mitarbeit: Thomas Hohenschue

Grafische Gestaltung: deus werbung, Scheidter Straße 23,
42653 Solingen.

Gesamtherstellung: DCM Druck Center Meckenheim
GmbH, Werner-von-Siemens-Str. 13, 53340 Meckenheim.



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

intensive und spannende Wochen als neue Geschäftsführerin der AKSB liegen hinter mir: Auf dem Terminplan standen Besuche einzelner Mitgliedseinrichtungen, die Umsetzung der neuen Schwerpunktstruktur der bundesweiten Zusammenarbeit der AKSB, das Kennenlernen der Fördergeber im Bereich KJP, bpb und FEB und natürlich das Kennenlernen der bundesweiten Kooperationspartner.

Dies alles war in dieser kurzen Zeit nur möglich, weil mich ein kompetentes und hilfsbereites Team und AKSB-Netzwerk bei all meinen Aufgaben stets unterstützt hat: Ein herzliches Dankeschön gilt daher an dieser Stelle den Mitgliedern des AKSB-Vorstandes und den Mitarbeitenden der AKSB-Geschäftsstelle!

Doch das Jahr bleibt herausfordernd und spannend: Mit der Kooperationskonferenz im Juni haben wir unsere neue Kampagne „wertevoll politisch bilden“ gestartet. Nun gilt es, diese Kampagne bundesweit bekannt zu machen. Gleichzeitig bereiten wir auf Hochtouren unser Jubiläum „70 Jahre AKSB“ vor, welches wir in diesem Jahr vom 21. bis 22. November in Berlin mit unserer Jahrestagung und einem Festakt feiern wollen. Dazu möchte ich Sie alle herzlichst einladen.

Doch nicht alles ist rosig. Leider begleitet uns bei unserer politischen Bildungsarbeit neben der andauernden Pandemie nun auch noch der Ukraine-Krieg mit all seinen Begleiterscheinungen. Heißt: Neben drohender Quarantäne von Mitarbeitenden und notwendigen Anpassungen an wechselnde Corona-Regelungen stellen auch humanitäre Hilfsmaßnahmen für Geflüchtete aus der Ukraine unsere Mitgliedseinrichtungen vor große Herausforderungen.

Hinzu kommen die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen der vergangenen Monate und Jahre:



Foto: Dirk Behlau

Einsamkeit und Isolation verbreiten sich als neue gesellschaftliche Phänomene immer weiter und werden vor allem auch bei Jugendlichen sichtbar. Wir stehen daher vor der Frage: Mit welchen Maßnahmen und Bildungsangeboten kann dieser Entwicklung begegnet werden? Unsere neue Ausgabe des AKSB-inform versucht, hierauf Antworten zu geben, und zeigt verschiedene Möglichkeiten und Ansätze auf, mit denen junge Menschen in heutigen Zeiten erreicht und eingebunden werden können.

Herzlich grüßt

Ihre



Andrea Rühmann

Beharrlich an den digitalen Herausforderungen der Zeit arbeiten

Nach zehn Jahren intensiver Kooperation ziehen die Netzwerkpartner von *mepodi* eine zufriedene Zwischenbilanz. Vernetzung und Austausch wirken in die eigene Arbeit hinein.

Unsere Gesellschaft ist vielfältig in den Fragen digitalen Lebens und Arbeitens herausgefordert. Nur ein paar markige Schlagworte skizzieren bereits die Größe des Verständigungsbedarfs: Hate Speech, Fake News, Filterblasen, Polarisierung, Radikalisierung, digitale Kluft, digitaler Analphabetismus, Datensouveränität, Künstliche Intelligenz, Überwachung, Hackerangriffe, kritische Infrastruktur, Monopolisierung, hybride Kriegsführung... Das Digitale durchdringt unsere Wirtschaft, unseren Staat und unsere Gesellschaft. Es braucht eine kritische Reflexion der Chancen und Risiken, welche Menschen befähigt, mit der Digitalisierung verantwortlich umzugehen und diesen Prozess auf allen Ebenen mitzugestalten.

Dieser Aufgabe verpflichtet fühlt sich das Trägerbündnis, das sich im Netzwerk *mepodi – Medienbildung politisch und digital vereint*. Aus ihren je eigenen Aufträgen und Selbstverständnissen heraus sehen vier Akteure als gemeinsame Herausforderung eine forcierte Medienbildung für den digitalen Alltag, mit ihren gesellschaftlichen und politischen Bedeutungssträngen. An Bord sind die AKSB und die Katholische Akademie des Bistums Fulda, die Medienanstalt Hessen (LPR) und die Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz an der Katholischen Hochschule Mainz. Diese enge Zusammenarbeit besteht seit zehn Jahren.

Aus der beharrlich verfolgten Kooperation erwachsen viele Früchte wie Tagungen und Fachgespräche (in letzter Zeit wegen des Infektionsschutzes auch digitale Angebote), Publikationen und auch Exkursionen. Und jenseits dieser gemeinschaftlichen Ergebnisse strahlt die Arbeit von *mepodi* jeweils in die eigenen Reihen aus und in das Umfeld hinein. Sowohl die katholischen Bildungsträger und die Clearingstelle Medienkompetenz als auch die Medienanstalt Hessen arbeiten mit Lehrkräften, mit Fachkräften in der außerschulischen Bildung und anderen Netzwerkpartnern. Diese Multiplikation von Positionen und methodischen Zugängen gehört zur DNA aller vier *mepodi*-Träger.

Thematisch segelt das Bündnis seit jeher hart am Wind, sprich: es greift die Themen auf, die gerade ge-

samtgesellschaftlich debattiert werden. Das macht den Reiz und den Charme der Kooperation aus, erklären die Träger. Meist wirft einer der vier Beteiligten ein Thema in die Waagschale, die anderen eignen es sich dann an. Alle lernen aus diesem Prozess. Denn die Blickwinkel beispielsweise einer Landesmedienanstalt und einer katholischen Akademie unterscheiden und ergänzen sich beidermaßen, so dass jeder etwas aus den gemeinsamen Beratungen mitnimmt. Dass am Ende der intensiven Gespräche ein Ergebnis steht, strukturiert den Austausch und macht ihn verbindlich.

In den zehn Jahren haben sich alle Akteure im Bündnis weiterentwickelt. Die Zusammenarbeit an *#mepodi* hat dabei stets inspiriert. „Medienbildung – politisch und digital“ war schon immer das Thema – auch, als die gemeinsam gestaltete Plattform für interne und externe Fachkräfte und Politik noch nicht so hieß, sondern das Feld ausgehend von familienbildnerischen Fragestellungen erst einmal erschlos-



Das Interview führte Thomas Hohenschue (oben rechts) mit Prof. Andreas Büsch (oben links), Joachim Becker (unten links) und Gunter Geiger (unten rechts) ganz passend zum Thema im digitalen Raum.

sen werden musste. Das Bündnis blickt auf ganz herausragende Ereignisse zurück, inspirierte große Tagungen und gelungene Publikationen, aber es gab und gibt auch Versuche, die weniger gut gelungen sind. Hier den langen Atem zu bewahren, ist die große Stärke von *mepodi*.

Am Erfolg dieses Netzwerkes sind viele beteiligt, neben den Leitungen gestaltet auch der AKSB-Referent für politische Bildung, Markus Schuck, das Bündnis seit jeher. Alle Partner bringen ihre Kompetenzen und Kontakte ein. Das soll weitergehen und vertieft werden. Diesem Zweck dient ein neues Projekt im Dachverband der AKSB, das die Grundlagen für „Medienbildung – politisch und digital“ systematisiert und neu zugänglich macht. Zugleich gilt es, nach der Coronazeit die gemeinsame Basis der persönlichen Begegnung zu erneuern, den Eigenwert von Präsenzveranstaltungen zu stärken und den Irrweg einer finanziell nicht tragfähigen Kostenloskultur im Netz zu meiden. Mit diesen Perspektiven im Gepäck gehen die Partner zuversichtlich ins elfte Jahr ihrer Zusammenarbeit.



Drei Gesprächspartner, vier Kooperationspartner

Gunter Geiger ist in Personalunion Vorsitzender der AKSB und Direktor der Katholischen Akademie des Bistums Fulda. Die Träger und Einrichtungen der katholischen Jugend- und Erwachsenenbildung der AKSB haben viele Zugänge zu Fachkräften und Multiplikator/-innen. Mehr unter www.aksb.de und www.katholische-akademie-fulda.de.

Joachim Becker ist Direktor der Medienanstalt Hessen. Neben lizenzrechtlichen und aufsichtlichen Aufgaben gehört die Förderung der Medienkompetenz zum Auftrag der Medienanstalt. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Bildung von Kindern und Jugendlichen. Mehr unter www.lpr-hessen.de.

Prof. Andreas Büsch ist Leiter der Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz an der Katholischen Hochschule Mainz. Diese Stelle bündelt im Feld kirchlicher Medienkompetenz Wissen, vernetzt Akteure, inspiriert, referiert und publiziert. Mehr unter <https://medienkompetenz.katholisch.de>.

Mehr Hintergründe und aktuelle Informationen unter www.mepodi.de.

Politische Bildung und Medienbildung „nach Corona“

Corona hat zu einem Digitalisierungsschub geführt, so viel steht fest. Aber was bedeutet das und was machen wir in der Medien- und politischen Bildung daraus? Auf der diesjährigen Fachtagung *mepodi – Medienbildung politisch und digital* ging es um diese Fragen.

Die Fachtagung stand unter dem Thema „Aus Erfahrung gut?!“ und fand am 11. Mai 2022 sowohl in der Katholischen Akademie des Bistums Fulda als auch digital auf YouTube statt. Ausgerichtet wurde sie von der AKSB, der Katholischen Akademie des Bistums Fulda, der Clearingstelle Medienkompetenz der deutschen Bischofskonferenz und der LPR (Medienanstalt Hessen – Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien).

Während der Corona-Pandemie haben Digitalisierung und Digitalität erneut einen enormen Schub erhalten. Homeoffice, Homeschooling, Ansturm auf Bestellportale: Ohne digitale Medien ging fast nichts mehr. Nicht nur der Konsum, sondern auch die proaktive Nutzung sind beachtlich gestiegen. Es gibt keinen gesellschaftlichen Bereich, auf den die neuen Kommunikationstechnologien nicht Einfluss nehmen. Damit ergeben sich für die medienpädagogische Arbeit wie auch die politische Bildung Veränderungen. Und so stehen auch Multiplikator/-innen vor neuen Heraus-

forderungen, haben Fragen und brauchen Unterstützung in ihrer (medien-)pädagogischen Arbeit.

Warum das so ist, erklärte Joachim Becker, Direktor der Medienanstalt Hessen, stellvertretend für alle Organisator/-innen der Fachtagung: „Medienkompetenz ist deshalb so wertvoll, weil sie für gesellschaftliche und politische Teilhabe in der modernen Gesellschaft unabdingbar ist. Wir haben in der Zwischenzeit die Janusköpfigkeit der digitalen Kommunikationstechnologien erkannt. Chancen, Verheißungen auf der einen Seite, Gefahren und Diskussionen auf der anderen Seite.“ Nutzer/-innen seien von reinen Konsument/-innen zu „Stakeholder/-innen“ geworden. Diese neue Position setzt Kompetenzen, Wissen und Verstehen – und vor allen Dingen aber politische Bildung – voraus.

Daher kamen auf der Fachtagung Experten und Expertinnen aus Wissenschaft, Politik, politischer Bildung und Medienbildung zusammen.



Finn Lasse Andresen, Sabine Feierabend, Dr. Guido Bröckling, Ulrike Maqua und Anne Heidel (v. l. n. r.) diskutierten auf der Fachtagung über „Bildungsangebote von morgen“.

Medienbildung und politische Bildung – Grundlagen schaffen

Während der Corona-Pandemie wurde die digitale Ungleichheit offensichtlich. So waren für Schüler/-innen beispielsweise eine digitale Ausstattung, genügend Datenvolumen und grundlegendes technisches Know-How nötig, um an digitalen Unterrichtsangeboten teilnehmen zu können.

Das Grundproblem stellte Dr. Guido Bröckling, Leiter des Büros Berlin des JFF – Institut für Medienpädagogik, dar: „Wenn wir von der digitalen Ungleichheit sprechen, müssen wir erstmal davon sprechen, was dahinter steckt. Zum einen soziale Ungleichheit. Von der sozialen Ungleichheit kommen wir sehr schnell zur digitalen Ungleichheit.“ Gleichzeitig profitierten Menschen in privilegierten Positionen stärker von Digitalisierung. „Wir haben es mit sich selbst verstärkenden Ungleichheiten zu tun.“

Digitale Bildungsangebote seien derzeit häufig so gestaltet, dass sie das Problem reproduzierten und keine Teilhabe ermöglichten. Als Lösung lieferte Bröckling mehrere Ansätze, die von Beziehungsarbeit bis zu Digitalsprechstunden reichen.

Digitale Tummelplätze

Wichtig ist auch die Frage, welche Medien Kinder und Jugendliche denn überhaupt nutzen und wo sie erreicht werden können. In den vergangenen 20 Jahren gab es dramatische Veränderungen in der Medienwelt und der Mediennutzung, stellte Werner Schlierike von hr info, Moderator der Fachtagung, fest. Während Jugendliche früher in die Mediennutzung der Erwachsenen hineingewachsen sind, gibt es mittlerweile Angebote, die vornehmlich von Kindern und Jugendlichen genutzt werden. „Die Bedeutung der klassischen Medien ist rückläufig. Nichtsdestotrotz gibt es nutzungs- und situationsabhängige Dinge, bei denen sie noch durchaus eine Rolle spielen, Stichwort: TV-Events, Live-Gemeinschaftliches.“, bestätigte Sabine Feierabend, Referentin für Medienforschung & Analytics des SWR. Jährlich analysiert sie mit der JIM-Studie das Medienverhalten von Jugendlichen und stellte auf der Fachtagung die Ergebnisse aus dem Jahr 2021 vor. Dabei zeigte sich, dass Jungen und Mädchen unterschiedliche Vorlieben bei Geräten, Spielen und allgemeiner Nutzung haben. Doch heruntergebrochen stellte Feierabend fest: „Wo sind die Jugendlichen?“ Antwort: „Im ganzen Internet.“

Authentisch vermitteln

Stellt sich also die Frage, wie genau Medienbildung und politische Bildung Kinder und Jugendliche am besten erreichen. Ideen, Inspirationen und Beispiele dazu gab Finn Lasse Andresen, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Agentur People on the Hill (POTH), in seinem Beitrag „Wie werden wir erfolgreiche Influencer?“ (s. S. 8/9).

An Beispielen zeigte er, wie Politik, politische Bildung und Medienbildung erfolgreich junge Menschen ansprechen können. Allerdings schränkte Andresen ein: „Wenn wir darüber sprechen, wie wir junge Leute erreichen, müssen wir auch darüber sprechen, wo wir sie erreichen. Zu nennen sind vor allem Plattformen wie TikTok, Instagram und für die politische Bildung zudem Podcasts.“

Ein guter Weg könne darin bestehen, gemeinsam mit einer oder einem erfolgreichen Influencer/-in ein Thema außerhalb der eigenen „Bubble“ aufzugreifen und so die eigene Reichweite zu erhöhen. Verschiedene Influencer/-innen haben es sich zur Aufgabe gemacht, Politik für Gleichaltrige zu erklären. Mit eigenen Podcasts oder Magazinen können Anbieter/-innen der (medien-)politischen Bildung auch selbst auf ihre Themen eingehen. Im Influencertum gilt aber immer: „Große Influencer sind vor allem deshalb groß, weil sie authentisch sind. Eine Inszenierung funktioniert nicht, wenn man nicht dahinter steht.“

Transfer in die Bildungspraxis

In einer abschließenden Diskussionsrunde zum Thema „Wie müssen Bildungsangebote morgen aussehen? Konsequenzen nach dem ‚Digitalisierungsschub‘“ mit Dr. Guido Bröckling, Sabine Feierabend und Finn Lasse Andresen brachten Ulrike Maqua (Jugendbildungsreferentin am Franziskanischen Bildungswerk Großkrotzenburg) und Anne Heidel (Sozialpädagogin, Gesellschafterin bei filmreflex medienpädagogik) den Blickwinkel der Bildungspraxis ein. Schüler/-innen und Jugendliche hätten durchaus einen sicheren Umgang mit digitalen Medien, so Ulrike Maqua. Aber es hapere an anderen Punkten: „Wie erkenne ich Fake News, wie kann ich Meldungen einordnen? Es ist erschreckend, wie wenig Jugendliche erkennen. Da kann ganz klar ‚Werbung‘ drüberstehen und es wird trotzdem nicht als Werbung erkannt.“ (s. S. 10/11).

Die digitale Lebenswelt müsse viel stärker in der schulischen und außerschulischen Lebenswelt aufgegriffen werden. Denn: „Wir helfen, die Mechanismen zu begreifen: Wie arbeiten Influencer, wie funktioniert ein Post. Das muss täglich einfließen und kann nicht nur Aufgabe der Eltern sein. Es ist eine gute Chance, zu einem Projekttag eingeladen zu werden. Aber eigentlich müsste es tagtäglich ein Baustein sein.“ Beispiele gibt es viele: Recht am Bild vermitteln, Recherche im Netz und dabei lernen, wie eine gute Recherche funktioniert, Schülerzeitungen digital umsetzen und in Social Media veröffentlichen.

Das Ziel all dessen fasste Finn Lasse Andresen so zusammen: „Es ist vor allem der Wunsch, dass Kinder und Jugendliche sicherer im Internet unterwegs sind und nicht unbedarft alles teilen.“



Influencer/-innen in Politik und Bildung

Finn Lasse Andresen, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Agentur People on the Hill (POTH), befasst sich mit politischer Kommunikation. Auf der Fachtagung *mepodi – Medienbildung politisch und digital* schilderte er, wie Akteure der politischen Bildung erfolgreiche Influencer/-innen werden können. In seinem Gastbeitrag gibt er einen kleinen Einblick.

Nicht nur die Art und Weise, wie junge Menschen kommunizieren, sondern auch die Art und Weise, wie sie sich informieren, hat sich radikal gewandelt.

Instagram und TikTok gehören bei jungen Menschen zu den beliebtesten Apps auf dem Smartphone. Das



Finn Lasse Andresen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Agentur People on the Hill (POTH).

Scrollen durch die Social-Media-Feeds ist ein relevanter und zeitfüllender Teil des Alltags junger Menschen geworden. Zudem sind diese Plattformen ein Ort, an dem junge Menschen sich informieren und mit Politik in Kontakt kommen.

Welche Auswirkung diese Neuausrichtung der Kommunikation haben kann, zeigt die Europawahl 2019. Am 18. Mai 2019 veröffentlicht der Influencer Rezo auf seinem YouTube-Kanal ein Video mit dem Titel „Die Zerstörung der CDU“. In einem Rundumschlag rechnet Rezo mit der Politik von Union, SPD, FDP und AfD ab. Er erreicht damit bis zum Wahltag etwa zehn Millionen Menschen. In Anbetracht der rückläufigen Ergebnisse von CDU, CSU und SPD und den Zugewinnen der Grünen sprach das ZDF in der abendlichen Wahlberichterstattung gar von einem „Rezo-Effekt“ und suggerierte damit einen Zusammenhang zwischen Video und Wahlausgang.

Es war also höchste Zeit, auf der Fachtagung *mepodi* 2022 über die Wege der Meinungsbildung in Zeiten sozialer Medien zu sprechen, und darüber, wie politische Bildung mithilfe sozialer Medien ihr Publikum erreichen kann.

Die technologischen Entwicklungen der letzten Jahre führten zu neuen Dynamiken und zu neuen Wegen, eine Öffentlichkeit zu erreichen. Eine Öffentlichkeit entstand früher dann, wenn jemand aufgrund seines Amtes oder seiner gesellschaftlichen Position etwas sagte. Das Gesagte wurde von Gatekeepern wie Journalist/-innen aufbereitet und über vielfältige Wege wie das Fernsehen, Zeitungen oder Radio verbreitet. Mittlerweile ist jede-r mit einem Profil auf Instagram, Twitter oder TikTok in der Lage, mit einem Post oder Beitrag in den sozialen Medien eine große Öffentlichkeit zu erreichen.

Auch die Politik hat diese Möglichkeiten zuletzt mehr und mehr genutzt. Mittlerweile sitzen im Bundestag kaum Abgeordnete, die nicht über ein Profil in den sozialen Medien verfügen. Gleiches gilt für den Wahlkampf. (Nahezu) kein Ministerpräsident oder Herausforderer verzichtet im Kampf um Staatskanzleien auf die Möglichkeiten, welche die sozialen Medien bieten.

Beispiel aus der Politik: Hendrik Wüst

Wie diese Nutzung aussehen kann, zeigte der amtierende Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst.

Wüst absolvierte einen Wahlkampftermin bei der Agrar-Influencerin Marie Hoffmann. Der Wahlkampftermin wurde mit gemeinsamen Posts begleitet und dokumentiert.

Marie Hoffmann verfügt auf Instagram über eine Reichweite von etwa 117.000 Follower/-innen. Hendrik Wüst hingegen nur über etwa 17.000 Follower/-innen.

Der gemeinsame Termin und die gemeinsame kanalgerechte Dokumentation des Termins führte bei Hendrik Wüst zu einem signifikanten Profilwachstum (siehe Abbildung). Durch den gemeinsamen Auftritt konnte Wüst neue Nutzer/-innen erreichen, die ihn durch das Folgen seines Accounts nun langfristig begleiten werden. Wüst bindet damit potenzielle junge Wähler/-innen an sich, die er über seine Beiträge direkt ansprechen kann.

Beispiel aus der politischen Bildung: Flutter

Die Möglichkeiten der direkten Ansprache junger Menschen kann und muss auch die politische Bildung nutzen.

Wie politische Bildung im Internet funktionieren kann, zeigt der Instagram-Account der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Als „das Internet zum Magazin“ beschreibt die bpb ihren Instagram-Account „Flutter“. Sie präsentiert Inhalte aus dem Magazin kanalgerecht und an die Sehgewohnheiten der Nutzer/-innen angepasst. Sie informiert ihre 88.400 Follower/-innen über Aktuelles, über langfristige politische Entwicklungen oder greifen spezifische Themen für junge Nutzer/-innen auf.

„Flutter“ geht auch über die Informationsebene hinaus und erhebt dabei einen Bildungsanspruch. Beispielsweise dann, wenn es um das Aufklären über Internetphänomenen wie Fake News geht.

Beispiel aus der Politik: Landeszentrale

Ein weiteres Beispiel aus dem nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf ist eine Mobilisierungskampagne der Landeszentrale für politische Bildung NRW. Die Landeszentrale ist hierzu Kooperationen mit erfolgreichen und reichweitenstarken Influencer/-innen auf der Plattform TikTok eingegangen. Die Zusammenarbeit mit Influencer/-innen erlaubt der LpB eine gezielte Ansprache jüngerer Zielgruppen. Die Influencer/-innen sollen mit ihren Reichweiten zwischen 440.000 und 2,3 Millionen Follower/-innen, insbesondere jüngere Zielgruppen, zur Stimmabgabe motivieren.

Was daraus folgt

Politik und politische Bildung müssen sich der Art und Weise, wie junge Menschen kommunizieren, anpassen. Wenn sie Menschen erreichen möchten, muss die Kontaktaufnahme da stattfinden, wo die Menschen sind, die sie erreichen möchten. Dazu gehören eine Kommunikation, die an die Nutzungsgewohnheiten junger Menschen angepasst ist, und die kanalgerechte Nutzung aktueller Plattformen wie Instagram und TikTok. Dazu gehört es auch, die Chancen und Möglichkeiten in der Zusammenarbeit mit Influencer/-innen zu nutzen, um mit deren Reichweite neue Follower/-innen zu erreichen.



Nach einem Wahlkampftermin mit einer Agrar-Influencerin im April 2022 wuchs das Instagram-Profil von Hendrik Wüst sichtbar.

Digitalisierung im Bildungswesen – eine ganzheitliche Herausforderung, gänzlich ungelöst

Schulische und außerschulische Bildung haben ihre Hausaufgaben mit Blick auf einen gerechten Zugang zur digitalen Bildungsteilnahme noch nicht gemacht. Eine kritische Zwischenbilanz nach mehr als zwei Jahren Pandemie.

Die Pandemie hat Stärken und Schwächen unserer Gesellschaft offengelegt. Dies gilt auch in vielen Feldern, die für katholisch-soziale Träger und Einrichtungen der politischen Bildung relevant sind. Nach mehr als zwei Jahren ist es Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen, um Lernerfahrungen zu sichern und Perspektiven zu entwickeln. Zum Beispiel im Bereich der Digitalisierung im Bildungswesen. Zwei Fachfrauen beziehen dazu im Interview mit AKSB-inform Stellung: Ulrike Maqua, Jugendbildungsreferentin beim Franziskanisches Bildungswerk Großkrotzenburg und Koordinatorin der Fachdidaktik bei der AKSB, sowie Anne Heidel, Medienpädagogin und Projektkoordinatorin bei filmreflex in Fulda.

Im Zusammenhang mit der Bewältigung der Pandemie ist immer wieder vom Digitalisierungsschub die Rede, auch im Bildungssystem. Wie bewerten Sie diese Erzählung?

Anne Heidel: Das sehe ich sehr differenziert und bewerte ich auf den schulischen Bereich hin eher kritisch. Jenseits der Haushalte, die vom Zugang her benachteiligt sind, bewegen sich Kinder und Jugendliche seit Langem ganz frei und selbstverständlich im digitalen Raum. Es sind eher ihre Eltern und ihre Lehrer/-innen, die Probleme damit hatten, ihre Kom-

munikation und ihre Arbeit digital auszurichten. Viele Schulen sind nicht darauf vorbereitet und können daher wichtige Kompetenzen in Sachen Digitalisierung noch nicht vermitteln. Das galt im März 2020 und gilt teilweise noch heute.

Ulrike Maqua: In allem, was praktikabel auf dem Smartphone geht, sind die Jugendlichen fit. Probleme treten auf, sobald am PC gearbeitet werden soll. Dann stoßen sowohl Erwachsene als auch Schüler/-innen an ihre Grenzen. Es geht dabei wohlge-merkt um ganz basale und vermeintlich banale Dinge: Wie öffne ich ein Word-Dokument? Wie speichere ich es so ab, dass ich es wiederfinde? Da gab es eine enorme Wissenslücke auf allen Seiten, im Verständnis und im Handling. Das war in der Phase des Home-schoolings ein riesiges Problem und ist sicher noch nicht flächendeckend gelöst.

Die Erzählung vom Digitalisierungsschub bezieht sich häufig auch auf die Ausstattung von Institutionen wie den Schulen. Wie schauen Sie auf dieses Thema?

Anne Heidel: Auch hier ist eher eine kritische Zwischenbilanz zu ziehen. Bis zum heutigen Tag fehlt vielen Schulen und Lehrkräften das technische Equip-



ULRIKE MAQUA ARBEITET ALS JUGENDBILDUNGS-REFERENTIN BEIM FRANZISKANISCHEN BILDUNGSWERK GROßKROTZENBURG.



ANNE HEIDEL IST MEDIENPÄDAGOGIN UND PROJEKTKOORDINATORIN BEI FILMREFLEX IN FULDA.

ment, um gut mit ihren Schüler/-innen arbeiten zu können. Offensichtlich gibt es bei manchen Verantwortlichen die Vorstellung, man bräuchte nur ein paar Knöpfe zu drücken und schon läuft das mit der Digitalisierung. Dabei gibt es so viel zu investieren, damit digitale Bildung in- und außerhalb der Schule nachhaltig funktionieren kann, vom Gerät über die Software bis hin zur Internetanbindung und den entsprechenden Bildungsinhalten und -orten.

Ulrike Maqua: Vor allem ist es dabei wichtig, dass alle Beteiligten auf demselben Stand der Ausstattung sind. Gerechtheit muss es zugehen, damit Bildungsteilnahme auf demselben Niveau gewährleistet ist. Die Schulen müssen ihre digitalen Plattformen und Formate so ausrichten, dass auch Schüler/-innen aus wirtschaftlich und sozial benachteiligten Haushalten einen guten Zugang haben. Im Zweifel müssen sie diesen die technischen Möglichkeiten zur Verfügung stellen. Von dem kann aber vielfach leider nicht die Rede sein – es bleibt eine riesige ungelöste, gesellschaftspolitische Aufgabe.

Woran hakt es denn bei der Umsetzung von dem, was richtig und wichtig ist?

Anne Heidel: Die Wissenslücken im Umgang mit den Herausforderungen erstrecken sich auf alle Ebenen. Auch die Verantwortlichen, die den Rahmen für digitale Plattformen und Formate abstecken, zeigen ein hohes Maß an Unsicherheit und Sorgen. Vor allem beim Datenschutz und der Frage des richtigen Anbieters ist das zu beobachten. Man möchte in die „Guten“ investieren, ohne aber den Anschluss zu verlieren. Die Folgen sind Vorgaben und Entscheidungen, die fern einer praktikablen Handhabung sind. Und die Unsicherheit und Sorgen übertragen sich auf diejenigen, die von ihrer Alltagserfahrung her ohnehin noch nicht ganz an Bord sind.

Ulrike Maqua: Von Lehrkräften höre ich, dass ihre digitale Arbeit nicht selten rasch ausgesprochenen und selten wieder revidierten Verboten ausgesetzt ist. Es darf dann zum Beispiel kein Microsoft Office 365 eingesetzt werden und kein Zoom, obwohl die stattdessen angeordneten Alternativen bedienungsfreundlich, verständlich und dysfunktional sind. Die Folge war und ist, dass viele ihren Datenaustausch und die digitale Kommunikation über private Laptops abwickeln, um im Alltag handlungsfähig zu sein. Oder es funktioniert einfach nicht, es hakt im Unterricht und Schulbetrieb. Das alles kann nicht die Lösung sein.

Was ist zu tun und was können Träger und Einrichtungen der politischen Bildung beitragen?

Anne Heidel: Es gilt, auf allen Ebenen zu verstehen, dass Digitalisierung ein ganzheitlicher Prozess ist, der sich von der Ausstattung über die Aus- und Fortbildung bis hin zur Konzeption und Didaktik erstreckt. Überall gibt es etwas zu tun. Träger und Einrichtun-

gen der politischen Bildung stecken zum Teil selbst noch in diesem Prozess, letztlich wird er auch nie abgeschlossen sein. Aber sie können ihre Konzepte, Kompetenzen und Netzwerke aus der außerschulischen Bildung in diese Weiterentwicklung des Schulsystems einbringen. Da haben wir viele gute Ansätze in den Pandemie Jahren gesehen. Die Kunst wird sein, das Gegenüber zu ermutigen und zu motivieren.

Ulrike Maqua: Die Träger und Einrichtungen in der AKSB sind gut darin, Akteure zu vernetzen und Erfahrungen in einen wirksamen Diskurs zu bringen. Auf diese Weise einen gemeinsamen und stetigen Lernprozess zu gestalten, könnte ihr Beitrag sein. Die Akteure, die wir in einem Prozess der politischen Bildung vernetzen können und sollten, teilweise auch bereits vernetzen, sind so unterschiedliche Player wie Schulen, Volkshochschulen oder Einrichtungen der außerschulischen Bildung. Reizvoll finde ich Ansätze, in denen Schüler/-innen ihren Lehrer/-innen etwas beibringen. Den Lebensweltbezug stärker in der didaktischen und digitalen Arbeit zu verankern, gehört einfach dazu. Auch hierzu können wir als Träger und Einrichtungen unsere Expertise aus der politischen Jugendbildung einbringen.

Apropos Lebenswelt: Wo sehen Sie bei allen Notwendigkeiten und Chancen auch die Grenzen und die Risiken der Digitalisierung im Bildungswesen?

Anne Heidel: Die digitalen Tools sind eine nützliche und nötige Erweiterung der Möglichkeiten. Vielfach geht es bei politischer Kommunikation, Teilhabe und Bildung inzwischen schon um die Frage, wie wir überhaupt noch mit unseren Inhalten in die Wahrnehmung von Jugendlichen geraten. Sich in ihre Feeds und Bubbles zu hacken, ist eine große Herausforderung. Zugleich darf man die digitale Welt nicht mit der realen Welt verwechseln, die Inszenierungen nicht mit dem, was geschieht. Das gilt nicht nur für die Jugendlichen selbst, sondern auch für die Didaktik. Jenseits der Algorithmen gibt es weiterhin sehr wichtige Lebensbezüge und Themen, an welche die schulische und die außerschulische Bildung anknüpfen müssen. Das lässt sich durchaus verbinden.

Ulrike Maqua: Wir dürfen nicht vergessen, dass es bis heute viele Menschen gibt, die weder digital leben noch arbeiten. Ihre Teilhabe muss ebenso im Blick bleiben wie die Tatsache, dass digitale Formate nicht alles abbilden, was Kinder und Jugendliche in ihrer persönlichen Entwicklung benötigen. Sie brauchen weiter ihre analogen Orte, Treffpunkte, Beziehungen und Bindungen. Träger und Einrichtungen der politischen Bildung sind herausgefordert, ihnen einen Rahmen für ihre persönliche Entwicklung und politische Teilhabe zu bieten. Die Schulen selbst sind geborene Partner bei dieser Aufgabe. Aber der Radius und die Herausforderung gehen weit über den schulischen Kontext und die schulische Bildung hinaus. ■



„Abhängigkeit ist ganz normal“

Diana Kinnert befasst sich seit Jahren mit Ursachen und Wirkung von Einsamkeit. Im Interview beschreibt sie, dass sich zunehmend junge Menschen einsam fühlen, geht auf mögliche Ursachen und Lösungsansätze ein. Auch wenn ihr Buch „Die neue Einsamkeit“ wegen eines Plagiatshinweises aus dem Handel genommen wurde, hat es einen wichtigen Diskurs ausgelöst und ist ein Gespräch wert.

AKSB: Frau Kinnert, Sie haben in verschiedenen Ländern das Phänomen „Einsamkeit“ untersucht. Wer ist besonders betroffen?

Kinnert: Es gibt zwei große Peaks. Zum einen bei den Alten, aber eben auch bei den sehr jungen Menschen. Da wird ein Widerspruch deutlich: Warum sind ausgerechnet die jungen Menschen einsam, wenn sie jeden Tag 1000 Leute sehen und treffen? Es muss also eine Vertiefung des Einsamkeitsbegriffs dahingehend geben, dass er mehr mit der Quantität sozialer Beziehung zu tun hat.

AKSB: Wo liegen die Ursachen der Einsamkeit?

Kinnert: In vielen gesellschaftlichen Trends, die nicht getrennt voneinander begutachtet werden können. Einer davon ist meinem Eindruck nach, dass sich die wirtschaftliche Struktur verändert hat. Früher war die Wirtschaft von Linearität und Verlässlichkeit geprägt, etwa mit Betriebsräten und Dienstjubiläen. Heute ist die Arbeitswelt kurzfristig und befristet. Ich kann mir vorstellen, dass sich diese Veränderung, die extrem auf Flexibilisierung und Flexibilität schaut – was ja auch mit Flüchtigkeit, Unverbundenheit zu tun hat – auswirkt. Ich muss nämlich auch selbst bereit sein,

mich zu verändern. Ich glaube, dass diese Trends etwas mit uns machen, wenn es um Verbindlichkeit geht.

AKSB: Besteht das Problem also eher in einer Unverbindlichkeit?

Kinnert: Unverbindlichkeit ist eine der Ursachen, warum sich Menschen einsam fühlen. Wenn Menschen sagen, dass sie sich einsam fühlen, lässt sich nicht daran rütteln, sie leiden subjektiv unter Einsamkeit. Dann lässt sich erforschen, was sie damit meinen und dann sortiert man in drei Ebenen. Die erste Ebene ist: Ich fühle mich partnerschaftlich einsam, ich habe niemanden, mit dem ich meinen Alltag gestalten kann. Als zweite Ebene gibt es eine Art Gruppen-einsamkeit. Es gibt keinen Fußballverein, ich kenne in der Nachbarschaft keinen Namen. Die dritte Ebene ist eine politische Einsamkeit, also eine Vernachlässigung dessen, was ich als soziales Attribut bin.

AKSB: Welche Rolle spielt das Internet dabei?

Kinnert: Durch Instagram-Filter vergleichen wir uns stärker. Im Internet gibt es eine wahnsinnig aggressive Kultur, die auch sehr junge Menschen aufsaugen.

Und es führt dazu, dass man immer jemanden findet, der etwas besser kann, und die Gefahr besteht, ausgewechselt zu werden.

AKSB: Wie meinen Sie das?

Kinnert: In den vergangenen zwei Jahren habe ich mehrere Projekte in Schulen gemacht. Dabei haben Kinder oft berichtet, dass sie sich nicht trauen, sich anderen zuzumuten, weil sie keine Belastung in die Freundschaft bringen wollen aus Angst, sonst ausgewechselt zu werden. Wir haben mit einem Forschungsteam der Uni Mainz Jugendliche nach ihren Freundschaften befragt. Alles nicht auffällig. Die einzige Auffälligkeit gab es bei der Frage „Kannst du mit Freunden über Probleme reden?“. Die junge Generation sagt zunehmend „Nein, denn dann kann ich nicht mehr bestehen. Ich will nicht ausgewechselt werden“. Sie verstehen Beziehungen als etwas, bei dem sie sich nicht öffnen können und bei dem sie quasi soziale Trophäen sammeln.

AKSB: Was kann die Politik tun, um dieser Einsamkeit entgegenzuwirken?

Kinnert: Dazu gibt es unterschiedliche politische Ideologien, die anders darauf antworten. Aus meiner Sicht ist der Mensch ein soziales Wesen, das sich von ganz alleine Beziehungen sucht. Aber wenn er das nicht tut, muss es gesellschaftliche Rahmenbedingungen geben. Ich will Hürden abbauen. Zum Beispiel ist Armut ganz klassisch ein Einsamkeitstreiber. Wenn ich mir das Busticket nicht leisten kann, zu keinem Festival gehen kann, mit Freunden nichts unternehmen kann, bin ich ausgeschlossen. Also muss Armut beseitigt werden.

Mein politischer Ansatz ist, dass ich vor allem sozialen und ökonomischen Druck nehmen möchte. Ich möchte, dass wir darüber sprechen, dass wir soziale Wesen sind, dass Abhängigkeit etwas ganz Normales ist, dass wir auf Solidarität angewiesen sind. Dass Verbindlichkeit und Verantwortung Kulturwerte sind, die uns wichtig sind.

AKSB: Wie bekommen wir die Menschen dazu?

Kinnert: Hier wird es zum kulturellen Thema, bei dem wir üben müssen. Früher zum Beispiel, wenn jemand zu laut war, musste ich der Person in die Augen sehen und mich beschweren und damit auch die negative Beziehung aushalten. Heute wird oft direkt das Ordnungsamt gerufen. Man geht sich also aus dem Weg. Ähnlich verhält es sich mit den Lieferdiensten in den Großstädten, die ermöglichen, dass ich nicht mehr vor die Tür muss. In dem Moment, in dem Technologie möglich macht, dass ich nie mein Haus verlassen muss, entfremde ich mich von einer Gemeinschaft. Eine Grundannahme ist, dass Demokratie nur dann funktioniert, wenn sich eine Gemeinschaft auch als Gemeinschaft fühlt. Wenn ich die Menschen in einer Gemeinschaft nicht kennenlerne, dann funktioniert Demokratie nicht.

Am Ende ist es eine kulturelle Debatte, also die Frage, ob ich mit jemandem, der mal nicht meiner Meinung ist, in Beziehung trete, ob ich das aushalte, ob der andere das auch aushält. Am Ende ist das Gegenteil von Einsamkeit ein kulturelles Klima, bei dem es vor allem um Beziehungsfähigkeit geht. Und Beziehung ist nicht immer nur schön. Beziehung heißt auch Streit, Beziehung heißt auch Konsens, Beziehung heißt auch, den anderen zu erdulden, zuzustimmen, Widerspruch auszuhalten.

Einsamkeit ist stark mit dem Gefühl verbunden: ich zähle nicht, auf mich kommt es nicht an, ich werde übergangen. Das heißt: Das Beste, was man machen kann, ist es, Selbstermächtigung und Selbstwirksamkeit zu fördern. Denn Selbstwirksamkeit ist das erste, das Menschen Selbstbewusstsein beibringt.

AKSB: In der politischen Bildung gibt es viele Angebote, bei denen es um Selbstwirksamkeit und Teilhabe geht, darum, sich positionieren zu lernen, die Meinungen anderer auszuhalten. Was kann die Bildungsarbeit noch aufgreifen?

Kinnert: Mir ist es wichtig, dass der große Zusammenhang gesehen wird. Es geht ja nicht nur darum, Kinder in Medienkunde auszubilden, sondern dass man mit ihnen auch darüber spricht, was es mit einem macht, wenn ich durch Algorithmen in meiner eigenen Echokammer bleibe.

In einer Zeit, in der alles hochkomplex ist, ist es eine ganz wichtige Kompetenz, Zusammenhänge aufzubauen. Und das hat auch was mit Schule zu tun. Dazu könnte man ein Thema in unterschiedlichen Fächern behandeln, so dass sich die Disziplinen aufeinander beziehen: Zum Beispiel könnte in Informatik eine Webseite zum Thema Drogen erstellt werden, um gleichzeitig im Chemieunterricht darüber zu sprechen, wie Drogen wirken, und in Sozialwissenschaften darzustellen, warum Drogen ein Problem sind. So könnten Zusammenhänge und Zielkonflikte vermittelt werden.



Diana Kinnert, Publizistin und Unternehmerin, war als Referentin zur Fachtagung *mepodi - Medienbildung politisch und digital* eingeladen.

Damit junge Menschen stärker ihre eigene Zukunft mitgestalten und mittragen können

Die sozialökologische Transformation ist eine riesige Herausforderung, die eine gute politische Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen braucht. Die Junge Akademie Freiburg gibt erste Einblicke in ihre Arbeit zum Thema.

Gletscher und Polkappen schmelzen immer schneller, Hitzewellen in historischer Häufung, Stürme und Starkregen, infernalische Brände: Die Zeichen einer eskalierenden Klimakrise sind unübersehbar und die Unruhe wächst. Auch und vor allem in den jungen Generationen, um deren Lebenschancen es in künftigen Jahrzehnten geht. Aber in der Frage, was zu tun ist und wie sich Einfluss auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nehmen lässt, kommen sie zum Teil noch nicht weiter. Als Aufgabenpaket, das tief in die persönliche Lebensführung eingreift, ist die sozialökologische Transformation für viele Menschen nicht fassbar oder akzeptabel. Viel Arbeit für eine politische Jugendbildung, die sich eine echte und nachhaltige Partizipation auf die Fahne schreibt.

Wie zum Beispiel bei der Katholischen Akademie Freiburg. Mit Unterstützung der AKSB hat dort zum Februar 2022 Julia Söhne die Arbeit aufgenommen. Als Jugendbildungsreferentin soll sie der Jugendsparte der Akademie ein stärkeres Profil geben. Ihre Grundüberzeugung ist es, dass viele junge Menschen ihre eigenen Haltungen, Werte und Interessen einbringen können und sollen – gerade wenn es um ihre eigene Zukunft geht. Sie sollen durch die Arbeit der Jungen Akademie einen guten Rahmen dafür bekommen, sich politisch zu artikulieren und einzubringen. Das zentrale Thema ist dabei die sozialökologische Transformation mit ihren vielen Herausforderungen. Diese sind nicht nur abstrakter, globaler Natur, sondern konkret und persönlich in der Region verankert.

In diesem Sinne ist es eine glückliche Fügung, dass als erstes großes Projekt der Jungen Akademie die Begleitung eines hochspannenden Beteiligungsprojekts auf der To-Do-Liste von Julia Söhne steht. Der Klima-Bürger/-innenrat der Region Freiburg hat in einem aufwändigen Auswahlverfahren 90 Menschen bestimmt, die über wichtige Fragen der klimagerechten Entwicklung der Region sprechen und Empfehlungen ausarbeiten. Die Teilnehmer/-innen wurden so ausgewählt, dass sie zum Beispiel in Bezug auf Geschlecht, Alter und Bildungsabschluss die Bevölkerung möglichst gut abbilden. Dasselbe Prinzip ist auch auf den jüngeren Teil der 90 Personen angewandt worden. Julia Söhnes Aufgabe ist es, diese Gruppe gut durch den kompakten, dichten Prozess des Rates zu begleiten.

In den inspirierten, von Tatkraft und guten Vorschlägen geprägten Auftakttreffen konnte sie jedoch ein

Problem beobachten, vor dem die überfällige Bewältigung der sozialökologischen Transformation insgesamt steht: Zu den Treffen kamen eher die Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit höheren Schullaufbahnen und Schulabschlüssen. Junge Menschen aus dem Bereich der Haupt-, Real- oder Förderschulen ließen sich nicht blicken. Das bestärkt eine Analyse, die Julia Söhne schon vorher umtrieb. Es gibt grob gesagt zwei Lager in der Jugend: Die einen, die bestens informiert und mit einem großen Problembewusstsein unterwegs sind, die anderen, deren Einsicht in die Notwendigkeiten kaum ausgeprägt ist, die weder das Problem sehen, noch sich von lieb gewonnenen Gewohnheiten und Statussymbolen, wie etwa dem Auto, lösen möchten.

Für die einen läuft gefühlt die Zeit weg, die Klimakrise abzuwenden – viele sind verzweifelt und wütend, manche radikalisiert sich. Für die anderen stehen andere Probleme im Vordergrund: Der Zugang zu Ausbildung und Beruf zum Beispiel oder exorbitant hohe Mieten und Stromkosten. Gemeinsam ist ihnen das Gefühl, dass sie nicht genug an der Zukunftsdiskussion und -gestaltung beteiligt werden. In der „Jungen Akademie“ sollen sie ihre politische Handlungsfähigkeit entdecken, ihren Anliegen und Sichtweisen eine Stimme geben. Besonders wichtig ist Julia Söhne hier der „Peer-to-peer“-Ansatz, sprich: Junge Menschen werden am besten von anderen jungen Menschen erreicht. In diesem Sinne bereitet die Akademiereferentin zum Beispiel einen Podcast mit jungen Menschen vor.

Politische Bildung steht insgesamt vor der Herausforderung, eine partizipative Ausgestaltung der sozialökologischen Transformation einzufordern und mitzutragen. Der Freiburger Ansatz verspricht interessante Einsichten, die sich mit den Ansätzen und Erfahrungen Dritter verzahnen lassen. Daher freut sich Julia Söhne darauf, die Ergebnisse ihrer Arbeit in das große Netzwerk der katholisch-sozialen Träger und Einrichtungen der politischen Bildung einzuspeisen. Für die Weiterentwicklung des Engagements in der sozialökologischen Transformation braucht es angesichts der Größe der Aufgabe einen langen Atem. Folgerichtig ist es daher, diesen Prozess finanziell nachhaltig zu unterstützen. Die Schwerpunktstelle bei der AKSB ist auf sechs Jahre hin angelegt. Das sichert ab, dass Impulse sich verstetigen und vertiefen.





Julia Söhne betreut als Referentin Junge Akademie die Jugendsparte der Katholischen Akademie der Erzdiözese Freiburg.
Foto Anja Limbrunner

Neue Struktur der Bundesweiten Zusammenarbeit (BZA)

Die AKSB organisiert die BZA ihrer Mitgliedseinrichtungen. Sie verfolgt dabei das Ziel, den fachlichen Austausch, die gemeinsame Ergebnissicherung, Qualitäts- und Projektentwicklung katholisch-sozial orientierter politischer Bildung bundesweit zu fördern. Damit leistet sie einen Beitrag zur bundesweiten Vernetzung und Nachhaltigkeit politischer Bildungsarbeit und entwickelt die Professionalität politischer Jugend- und Erwachsenenbildung weiter.

Mit Beschluss der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 1. Juli 2021 hat die AKSB ihre Bundesweite Zusammenarbeit neu ausgerichtet. Die bisherige bundesweite Zusammenarbeit in Fachgruppen wurde ersetzt durch vier Schwerpunkte mit Schwerpunktstellen und den dazugehörigen Koordinationsstellen sowie die Koordination der Fachdidaktik. Die neuen Schwerpunkte lauten:

- Sozialökologische Transformation
- Jugendbeteiligung, Demokratie und Menschenrechte
- Sozialstaat und Arbeitswelt
- Identitätsdiskurse und historisch-politische Bildung

Zusätzliche Mittel aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (BMFSFJ) haben diese Umstrukturierung ermöglicht.



Julia Söhne begleitet Jugendliche des Klima-Bürger/-innenrats der Region Freiburg, dessen Ziel es ist, Empfehlungen zur klimagerechten Entwicklung der Region zu entwickeln.

Die Botschaften der politischen Bildung und des Christentums konkret vorleben

Sprachkurse für Geflüchtete, ein Angebot für Kinder ohne Kita-Platz, niederschwellige Beratungsangebote für Familien: Schon seit vielen Jahren engagiert sich das Heinrich Pesch Haus (HPH) in Ludwigshafen für Menschen, die Hilfe und Unterstützung benötigen. Dr. Anette Konrad gibt als Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim HPH einen Überblick, welche Angebote über die Formate der politischen Bildung hinaus existieren.

„Im Geist der Subsidiarität, einem der Prinzipien der katholischen Soziallehre, wollen wir als Akademie nicht nur über Mündigkeit, Solidarität und Gerechtigkeit reden. Wir sehen es als unsere Aufgabe, aktiv vorzuleben, was wir damit meinen“, sagt Tobias Zimmermann SJ, Direktor des HPH. So fördern die Jesuiten seit Jahren eine 50-Prozent-Stelle für die Arbeit mit Schutzsuchenden, die Koordination von Ehrenamtlichen und Bildungsarbeit rund um diesen Themenkomplex. Zudem stützt die Familienbildung im Heinrich Pesch Haus mit ihrer Arbeit insbesondere auch Kinder und Familien, die Hilfe brauchen.

Für den Direktor des HPH entsteht Authentizität in der Bildungsarbeit dort, wo sich die Reflexion mit konkretem Engagement und mit Projekten verbindet, in denen sich die Anliegen des Bildungsbereichs spiegeln. Und davon gibt es im Heinrich Pesch Haus gleich eine ganze Menge.

Sprache ist der Schlüssel zur Integration

Wie die Sprachkurse für Geflüchtete beispielsweise. Seit über sechs Jahren übernehmen Ehrenamtliche den Unterricht in kleinen Gruppen, der sechs Mal wöchentlich stattfindet. Internationalität wird dabei großgeschrieben: Neben Geflüchteten aus Afghanistan, Syrien und Iran, Eritrea und Somalia sowie der Türkei nehmen auch Migrant/-innen aus Osteuropa und aktuell Geflüchtete aus der Ukraine an den Kursen teil. Einige Schüler/-innen warten auf zertifizierte Vollzeit-Sprachkurse. Viele Menschen, Sozialclubs und Firmen, nicht zuletzt aber das Bistum Speyer und die Jesuiten, unterstützen die soziale Arbeit und ermöglichen zum Beispiel geflüchteten Kindern, am Kinderferienprogramm der Familienbildung teilzunehmen.

Unterstützung für Familien

Familien stehen im HPH im Fokus. So haben Jana Sand und Kerstin Hofmann, die Leiterinnen der Familienbildung, während der Pandemie kostenlose Beratungsgespräche für Familien angeboten. Wie im Zuge der letzten großen „Flüchtlingswelle“ in den Jahren 2015 und 2016 bietet die Familienbildung auch jetzt wieder wöchentlich eine kostenlose Spiel- und Sprachgruppe für geflüchtete Kinder an.

Die Familienbildung nimmt auch am Bundesprojekt „Kita Einstieg – Brückenbauen in frühe Bildung“ teil und bietet mehrmals wöchentlich dezentral in der Stadt Gruppen für Eltern und Kinder oder auch für Kinder an, die keinen Kita-Platz haben. Hier können Kinder zwischen null und sechs Jahren spielend lernen, basteln und erste Gruppenerfahrungen sammeln. Eltern können Kontakte knüpfen und erhalten Infos zur frühen Bildung. „In Ludwigshafen fehlen derzeit rund 2.000 Kita-Plätze – da ist dieses Angebot eine wertvolle Unterstützung für die betroffenen Familien“, weiß Jana Sand.

Ein Zeichen der Solidarität setzen

Seit über zwei Jahren gibt es im HPH das Projekt „Mahlzeit LU“. Dahinter verbirgt sich eine kostenlose Essensausgabe, die Menschen mit einer warmen Mahlzeit versorgt. Immer frisch gekocht, immer vegetarisch und ohne Nachweis der Bedürftigkeit.



Die Ausgabestelle von „Mahlzeit LU“ am Heinrich Pesch Haus.

Entstanden ist „Mahlzeit LU“ Anfang April 2020 als spontane Idee, geboren nach den ersten Wochen des Lockdowns. Auch das Heinrich Pesch Haus und Hotel waren betroffen und mussten schließen. „Als ein Gesicht der Kirche in Ludwigshafen wollte – nein, musste – das Heinrich Pesch Haus Menschen helfen, wenn Not am Mann oder der Frau ist und wir es irgendwie vermögen“, betont Tobias Zimmermann. So rief das Haus zusammen mit der Stadtkirchengemeinde Ludwigshafen die Aktion „Mahlzeit LU“ ins Leben. „Wir waren zwar selbst in der Krise“, blickt Tobias Zimmermann zurück, „aber wir wussten um die Freundinnen und Freunde und all die guten Menschen um uns. Menschen, die Christentum konkret und solidarisch leben.“ Auch hier dachten die Initiator/-innen wieder besonders an Familien und brachten den Familien, die nicht zur Ausgabestelle kommen konnten, mit „Mahlzeit LU goes family“ das Essen sogar nach Hause.

Schnell wurde die Essensausgabe zu einer festen Anlaufstelle für viele Menschen – bis heute. Bis Ende Mai 2022 hat das Haus bereits über 43.000 Mahlzeiten ausgegeben. Für Tobias Zimmermann ein klarer Hinweis auf die Notwendigkeit des Angebots, das nur durch zahlreiche Spenden möglich gemacht werden konnte. „Die Kosten für die Essensausgabe haben sich im Schnitt auf 25.000 Euro im Quartal belaufen“, verdeutlicht er. Ehrenamtliche Helfer/-innen übernehmen von Beginn an die Essensausgabe an den Wochenenden und Feiertagen.

Als Vermittler fungieren

Mit dem Beginn des Ukraine-Kriegs und den ersten Geflüchteten, die in der Stadt ankamen, hat das Heinrich Pesch Haus auch auf Bitten der Stadtverwaltung Ludwigshafen in kurzer Zeit eine Stelle zur Ko-

ordinierung der zivilen Hilfe für die Menschen in der Ukraine und die Menschen, die Schutz suchen, in Ludwigshafen auf die Beine gestellt. Zu „LU can help“, so der Name der Initiative, gehört die Homepage lucan.help, die Menschen, die helfen möchten, und denen, die Unterstützung brauchen, eine Plattform gibt. Für persönliche Anliegen der Geflüchteten wie auch der Ehrenamtlichen wurde eine Telefon-Hotline eingerichtet. „Wir wollen als Vermittler fungieren und Doppelstrukturen in der Stadt vermeiden“, betont Jana Sand, die Sprecherin der Initiative.

„Es gibt viel Hilfsbereitschaft in Ludwigshafen – und einen großen Erfahrungsschatz, wie man Neuankömmlinge willkommen heißt und aufnimmt. Gemeinsam können wir aus der momentanen Notsituation das Beste machen“, sagt Dr. Matthias Rugel, Bildungsreferent im HPH und Koordinator des neuen Angebots. „In diesen Tagen zeigt sich, wie intakt die Zivilgesellschaft in Deutschland ist. Denn überall zeigt sich die Bereitschaft und die Fähigkeit, aus der Mitte der Gesellschaft heraus den Menschen in der Ukraine und denen zu helfen, die zu uns flüchten“, beobachtet Tobias Zimmermann. Das HPH sehe es als seine Aufgabe als Katholische Akademie an, Menschen und Institutionen zu vernetzen und in ihrem Engagement für eine humane Gesellschaft zu begleiten.

Das Thema Flucht aus der Ukraine sieht das HPH aber nicht isoliert. „Wir setzen uns für alle Schutzsuchenden ein, für die in Deutschland geborenen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die materielle Not erleben ebenso, wie für Geflüchtete aus allen Nationen. Für Christinnen und Christen, der Überzeugung sind wir fest, gibt es am Ende nur eine Menschheitsfamilie. Und insofern sind bei uns alle willkommen“, betont Tobias Zimmermann. ■



Im Heinrich Pesch Haus bieten Ehrenamtliche Sprachkurse für Geflüchtete.



Jana Rolfes ist Jugendbildungsreferentin beim Marstall Clemenswerth.

Von der individuellen Erfahrung zur gesellschaftlichen Mitgestaltung

Demokratiebildung mit Kindern und Jugendlichen fordert eine ehrliche Ausrichtung an ihren Bedürfnissen, Blickwinkeln und Themen. Erfahrungen aus dem Marstall Clemenswerth und dem Jugendkloster Ahmsen.

Demokratie lebt von der Erfahrung, die Geschicke einer Gemeinschaft mitgestalten zu können. Das fängt schon im Kindes- und Jugendalter an. Dem hat die AKSB Rechnung getragen mit ihrem verstärkten Fokus auf politische Bildung mit Menschen unter 14 Jahren. In diesem Feld engagiert sich auch Jana Rolfes, Jugendbildungsreferentin im Marstall Clemenswerth & Jugendkloster Ahmsen e.V.

Mit dem nebenamtlichen Team arbeitet sie sich derzeit in die Herausforderung ein, ihre Angebote auf jüngere Adressat/-innen auszurichten. Dabei geht es um grundlegende demokratische Aspekte wie Fairness, ein soziales Miteinander oder darum, gemeinsam Entscheidungen zu treffen. Wie schon bei Kursen und Veranstaltungen mit Acht- und Neuntklässler/-innen drehen sich die Inhalte um das, was die Teilnehmer/-innen an Themen und Interessen mitbringen, angefangen beim Thema Schule, Familie, Freizeit und dem Umgang mit Social Media. Eine Klassengemeinschaft ist Demokratie im Kleinen. Was es dort an Herausforderungen, Konflikten und Projekten gibt und wie diese in der Gemeinschaft angepackt werden, kann eine Blaupause für gesellschaftliche und politische Teilhabe sein. Die Aufgabe der Jugendbildung ist es, diesen Prozess zu begleiten und einen guten Rahmen dafür zu liefern. „Schema F funktioniert dabei längst nicht immer“, betont Jana Rolfes. „Störungen haben Vorrang“, bringt sie einen Satz aus der themenzentrierten Interaktion in Erinnerung.

In den Seminaren verlassen die Teilnehmenden ihre Komfortzone und müssen als Gruppe Herausforderungen meistern. Dabei ist es wichtig, dass die Schüler/-innen das Gefühl haben, sich aufeinander verlassen zu können – Vertrauen und Ehrlichkeit

allen Beteiligten gegenüber ist daher wesentlich für den Erfolg der Veranstaltungen. Wenn diese Basis erst einmal geschaffen ist, hat auch der gedankliche Sprung vom individuellen Erfahren auf die Ebene der gesellschaftlichen Mitgestaltung eine Chance.

Diese Mühen um eine Demokratiebildung U 14 ergänzt und verzahnt sich gut mit der übrigen ganzheitlich konzipierten Jugendbildungsarbeit von Marstall Clemenswerth und dem Jugendkloster, zum Beispiel mit Schüler/-innenvertretungen, Schulklassen oder ganzen Schulgemeinschaften. Die Einrichtung ist bestens bekannt, vernetzt und geschätzt als ein guter Ort der außerschulischen Bildung in der Region Emsland. So gelingen auch andere Brückenschläge, um Menschen aller Generationen zu politischen Herausforderungen zusammenzubringen. Neben Dauerbrennern wie Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit treten aktuelle Themen wie der Krieg in der Ukraine hinzu.

Jana Rolfes ist mit einer 50-Prozent-Stelle auch bei der AKSB an Bord, und zwar im Schwerpunkt „Jugendbeteiligung, Demokratie und Menschenrechte“ (s. S. 15). Dort geht es darum, Vernetzungen zu fördern, im kollegialen Austausch Konzepte zu evaluieren sowie das Beste aus den gebündelten Erfahrungen und Ansätzen der AKSB zusammenzuführen. Die Methodenvielfalt zu sichten, Erfahrungen mit digitalen und hybriden Formaten einzuspeisen, den hohen Eigenwert von kulturellen und spirituellen Komponenten wahrzunehmen – es gibt viele Punkte, die in der Schwerpunktarbeit auf die Tagesordnung kommen. Demokratiebildung fordert auf allen Ebenen heraus.

This game of your memories

Ein internationaler Jugendaustausch inmitten der Pandemie: Die Akademie Klausenhof entwickelte ein Konzept, um Jugendliche aus Deutschland und Slowenien über Ländergrenzen hinweg digital zusammenzubringen.

Dazu arbeitete die Akademie Klausenhof im Rahmen des Förderprogramms „Jugend erinnert“ der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) mit ihrem Kooperationspartner „socialna akademija“ aus Slowenien im Projekt „This game of your memories“ zusammen. Von November 2020 bis April 2022 trafen sich rund 20 Teilnehmer/-innen im Alter von 12 bis 17 Jahren aus Deutschland und Slowenien regelmäßig on- und offline und befassten sich gemeinsam mit Jonas Kühn, Medienpädagoge der Akademie Klausenhof, mit Themen wie Vorurteile, Diskriminierung, Krieg und Flucht. Dabei ging es auch darum, auszuprobieren, in welcher Form Videospiele Bildungsinhalte vermitteln können.

Um bei den digitalen Treffen einen lebensweltnahen Raum zu schaffen, fanden die Online-Meetings über die Plattform gather.town statt. Dort können eigene Charaktere erstellt werden, um sich durch den digitalen Raum zu bewegen und andere Teilnehmer/-innen zu treffen. Der digitale Raum wurde eigens für das Projekt erstellt und orientierte sich bewusst am aktuellen Videospiele „among us“. Kommuniziert wurde über Mikrofon und Webcam, aber auch über Emotes im Spiel, wie gemeinsames Tanzen oder dem Anzeigen von Emojis.

Um die Kommunikation im digitalen Raum zu erleichtern, haben sich vor allem ungezwungene und lockere Warming-Up-Spiele bewährt. Auch das Videospiele „among us“, das die Teilnehmer/-innen mit- und gegeneinander spielten, motivierte sie, sich miteinander zu unterhalten, da das Spiel eine Phase enthält, in der sich die Teilnehmer/-innen verbal verteidigen müssen, um nicht von den anderen aus dem Spiel gewählt zu werden. Die verbale Verteidigung motivierte eher ruhige Teilnehmer/-innen, sich aktiv am Spielgeschehen zu beteiligen.

Da ein Schwerpunkt des Projektes auf lebensweltnahen Methoden lag, kamen Videospiele zur Wissens- und Inhaltsvermittlung zum Einsatz. Hierbei sind die Spiele „Path out“ und „Through the darkest of times“ besonders hervorzuheben. „Path out“ erzählt von der Flucht eines jungen Mannes vor dem Bürgerkrieg in Syrien und gibt einen Einblick in die emotionale Zerrissenheit des Protagonisten, der für die Flucht seine Familie verlassen muss. Bei „Through the darkest of times“ leitet der oder die Spieler/-in eine Widerstandsgruppe im Zweiten Weltkrieg und arbeitet im Verborgenen gegen das Nationalsozialistische Regime.

Auf der Abschlussfahrt des Projekts nach Berlin wurden analoger und digitaler Lernort verknüpft: Die Teilnehmer/-innen erhielten zunächst eine Geschichtstour durch das Olympiastadion und spielten anschließend in „Through the darkest of times“ die Zeit der Olympischen Spiele 1936 virtuell nach.

Um Videospiele nicht nur zu konsumieren, produzierten die Teilnehmer/-innen im Laufe des Projekts mithilfe des Programmierwerkzeugs „twine“ ein eigenes textbasiertes Computerspiel zu einem der vorher behandelten Themen.

Abschließend betrachtet war das Projekt sowohl in der Vermittlung von politischer Bildung als auch im Austausch der Teilnehmer/-innen ein Erfolg. Mit Videospiele konnte eine Zielgruppe erreicht werden, die sich bei anderen Methoden möglicherweise gar nicht für das Projekt und seine Inhalte interessiert hätte. Das selbst erstellte textbasierte Videospiele über „twine“ wie auch die Berlinfahrt waren klare Highlights und haben das Projekt zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht.



Teilnehmer/-innen des internationalen Jugendaustauschs auf der Abschlussfahrt nach Berlin.

2022

30.-31.08.2022	„Gegen Rechts – Für Respekt. Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in politischer Jugendbildung und Jugendsozialarbeit“	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
06.09.2022	Fachkonferenz „Politische Bildung – Zusammenarbeit mit Bundeswehr, kath. Militär- und Polizeiseelsorge“	Katholische Akademie des Bistums Fulda
08.09.-06.10.2022	Grundkurs politische Bildung IV	Online
13.09.2022	Fachtagung „Interreligiöse/interkulturelle Bildung“: „Diversität auf katholisch? Zur Rolle der Bildungsarbeit mit muttersprachlichen religiösen Communitys“	Haus am Dom, Frankfurt/Main
04.-05.10.2022	„Making Sense of the Digital Youth. Möglichkeiten und Fallstricke des digitalen Raums für junge Menschen und politische Bildung“	Akademie Klausenhof, Hamminkeln
05.10.2022	Tagung „Qualität und Wirkung in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“	Online
03.11.2022	DPJW-Fachtagung	Jugendhaus Düsseldorf e. V., Düsseldorf
21.-22.11.2022	Jahrestagung der AKSB: „1952 – reVISIONEN – 2022. 70 Jahre politische Jugendbildung: Sehen, diskutieren, bewegen“	JugendKulturZentrum PUMPE, Berlin
22.11.2022	Festakt zum 70-jährigen Jubiläum der AKSB: „Wertevoll politisch bilden“	JugendKulturZentrum PUMPE, Berlin
23.11.2022	Mitgliederversammlung der AKSB	JugendKulturZentrum PUMPE, Berlin
01.-02.12.2022	Tagung: „Politische Erwachsenenbildung in neuen Formaten“	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
12.12.2022	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt/Main

2023

06.-07.02.2023	Schwerpunktkonferenz	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
06.-07.03.2023	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus Wasserburg, Vallendar
12.06.2023	Kooperationskonferenz (KoKo) „Politische Erwachsenenbildung“, Kooperationskonferenz „Politische Jugendbildung“ und „entwicklungspolitische Bildungsarbeit“ in der AKSB	Universitätsclub, Bonn
12.-13.06.2023	Infrastrukturstellenkonferenz	Universitätsclub, Bonn
19.-21.06.2023	Verwaltungsfachtagung	Katholische Akademie des Bistums Fulda
04.09.2023	Fachkonferenz „Politische Bildung – Zusammenarbeit mit Bundeswehr, kath. Militär- und Polizeiseelsorge“	Katholische Akademie des Bistums Fulda
13.09.2023	Fachtagung „Interreligiöse/interkulturelle Bildung“	noch offen
18.-19.09.2023	Schwerpunktkonferenz	noch offen
17.10.2023	Tagung „Qualität und Wirkung in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“	Online
27.-28.11.2023	Jahrestagung der AKSB	Ludwig-Windthorst-Haus, Lingen
28.-29.11.2023	Mitgliederversammlung der AKSB	Ludwig-Windthorst-Haus, Lingen
04.12.2023	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt